

Konferenz der Weltgesundheitsorganisation in Düsseldorf — Schutz gegen ionisierende Strahlen

Die Rolle, die die Gesundheitsbehörden beim Schutz der Bevölkerung gegen ionisierende Strahlen spielen können, war das Thema einer internationalen Konferenz, die von der Gesundheitsorganisation der Vereinten Nationen (WHO) vom 25. Juni bis zum 4. Juli 1962 in Düsseldorf durchgeführt wurde. Unter dem Vorsitz von Dr. S. Halter, Belgien, erörterten über 60 Gesundheitsbeamte aus 36 Ländern Strahlenschutzmaßnahmen. Die verschiedenen Strahlenursachen wurden untersucht. 1. Die natürliche Strahlung (durch kosmische Strahlen, Gestein usw.). Die Menge natürlicher Strahlung, der der Mensch ausgesetzt ist, hängt weitgehend von der geographischen Breite, der Höhe sowie von der Umgebung des jeweiligen Ortes ab. Bisher hat man nicht feststellen können, daß sich aus diesen Unterschieden schädigende Wirkungen ergeben haben. 2. Die medizinische Strahlenanwendung. In vielen Ländern trägt die medizinische Verwendung von Röntgenstrahlen, besonders durch Röntgenaufnahmen und -durchleuchtungen, für diagnostische Zwecke am stärksten zur durchschnittlichen Strahlendosis der Bevölkerung bei; ein besonders großer Anteil entfällt auf die Durchleuchtungen. Es kann noch viel getan werden, um die Strahlenbelastung durch die medizinische Strahlenanwendung herabzusetzen. Maßnahmen und Verfahren zur Minderung einer solchen Belastung (Prüfung der Röntgenapparate, Abschirmungen, Filter, schnellere Filme usw.) wurden erörtert. 3. Die Beseitigung radioaktiver Abfälle aus Atomanlagen, Krankenhäusern, Laboratorien, Fabriken usw. ist ein Problem, das ständig an Bedeutung zunimmt und mehr Untersuchungen erfordert. Es ist notwendig, daß internationale Übereinkommen über die Beförderung radioaktiver Stoffe auf dem Land, See- oder Luftweg abgeschlossen werden; die zuständigen Stellen befassen sich bereits mit dieser Frage.

Es wurde berichtet, daß in vielen Ländern fall-out-Messungen durchgeführt würden, und daß die bisher gemessenen Dosen gering und sogar niedriger seien als diejenigen, die auf die natürliche Strahlung zurückgeführt werden können. Die Konferenz war der Meinung, daß Strahlen eine der Gefahren sind, denen der moderne Mensch ins Auge sehen muß. In der Umgebung des Menschen gibt es heute eine ganze Reihe anderer physikalischer und chemischer Stoffe mit toxischen Wirkungen. Hier sind die Verunreiniger in der Luft, Drogen und bestimmten Stoffe in den Nahrungsmitteln zu nennen. Mit allen von ihnen haben sich die Gesundheitsbehörden zu befassen, und sie müssen die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ergreifen und neue Gefahren auf ein Mindestmaß herabsetzen. Die Konferenzteilnehmer waren der Ansicht, daß auf dem Gebiet des Strahlenschutzes großer Mangel an geschultem Personal herrscht. Die Bevölkerung solle wissen, was Strahlung ist und ihre Wirkungen auf die Gesundheit sowie ihre Vor- und Nachteile kennen. Die Bevölkerung habe ein Recht auf genaue Unterrichtung.

Deutsche Sachverständige im Dienste der UN

In diesen Wochen haben erneut zwei deutsche Berater auf dem Gebiet des Zollwesens ihre Ausreise nach Léopoldville angetreten, um dort der kongolesischen Regierung im Auftrage der UN zunächst für ein Jahr als Sachverständige zur Verfügung zu stehen. Damit erhöht sich die Zahl der deutschen Experten aus dem Bereich des Zollwesens, die seit der Entlassung des Kongo aus belgischer Kolonialverwaltung in einschlägiger Weise dort tätig waren bzw. es noch sind, auf sechs. Außerdem wurden vier Sachverständige auf dem Gebiet des Finanz- und Steuerwesens als UN-Berater verpflichtet, wobei in einigen Fällen die zunächst auf ein halbes Jahr abgeschlossenen Verträge auf ein Jahr oder auch mehr verlängert wurden. Schließlich stellte die Bundesrepublik auch auf dem Gebiet des Beschaffungswesens vorübergehend einen Sachverständigen. Für diese Aufgabe wurde jetzt er-

neut das Deutsche Nationalkomitee für Technische Hilfe der UN gebeten, einen geeigneten Fachmann zu benennen. Außerdem laufen Bemühungen um die Feststellung von Experten auf dem Verkehrssektor, im Post- und Fernmeldewesen sowie in der Wirtschaftsverwaltung.

Dr. jur. Hans-Georg von Gersdorff, der seit etwa einem Jahr in Barbados im Auftrage der UN auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Generalplanung tätig ist, soll einen Fünfjahresplan für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes aufstellen. Schwerpunkte sind dabei die industrielle Entwicklung und der Fremdenverkehr. Der Auftrag an Dr. von Gersdorff ist wegen des Umfangs der Aufgabe um ein Jahr verlängert worden.

Dr. E. Franz, Schiffsbau-Experte aus Hamburg, führt in Singapur für die Dauer eines Jahres als UN-Sachverständiger einen Beratungsauftrag auf dem Gebiet des Schiffbaus und der Hafentechnik durch.

ORR Dr. Schirmacher aus dem Hessischen Innenministerium hat einen zweijährigen Beratungsauftrag für die äthiopische Regierung auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung beendet.

Jahrestagung der Englischen UN-Gesellschaft

Auf der Jahrestagung der Englischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, die Mitte Juli in London stattfand, hielt Außenminister Lord Home das Hauptreferat: Er versprach im Namen der britischen Regierung die Unterstützung der Vereinten Nationen und ihrer Ziele, warnte aber zugleich vor jeder Abweichung von Inhalt und Geist der Charta. Prominentester Redner der Gesellschaft selbst war der frühere Minister und Friedensnobelpreisträger Noel-Baker. Nach seiner Auffassung ist eine vollständige und allgemein kontrollierte Abrüstung die einzige Politik, die die Menschheit retten kann. In einem kurzen historischen Überblick erwähnte er unter den verdienten Völkerbundspolitikern auch Gustav Stresemann. — Die wichtigsten UN-Themen wurden während der zweitägigen Debatten von den Delegierten aus 600 Zweiggruppen, die ihrerseits 62 000 Mitglieder vertraten, diskutiert und zu Entschließungen verdichtet, die den zuständigen Stellen, einschließlich der Regierung, zugestellt wurden. — Als Vertreter der DGVN nahm Oberstudienrat Erdelt, Stuttgart, an der Jahrestagung der Englischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen teil.

Deutschland-Stipendien der Vereinten Nationen

Dipl.-Volksw. I. M. Abdussalam vom Saudi-Arabischen Handelsministerium in Riyadh hielt sich zwei Monate in der Bundesrepublik auf. Er informierte sich in der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig und bei verschiedenen Landeseichverwaltungen über Fragen des Maß- und Gewichtswesens in Zusammenhang mit der Einführung des metrischen Systems in Saudi-Arabien.

Ingenieur M. A. Moustafa vom Ägyptischen Postministerium unterrichtete sich in der Bundesdruckerei in Berlin über die Herstellung von Postwertzeichen. Der Aufenthalt dauerte ein Vierteljahr.

Prof. Dr. K. Jojima, Abteilungsleiter im Japanischen Erziehungsministerium, hält sich zur Zeit in der Bundesrepublik auf, um sich während der Dauer eines halben Jahres über wirtschaftliche Planung in ländlichen Gebieten zu informieren. Wissenschaftliche Betreuungsstelle für dieses Vorhaben ist das Institut für industriewirtschaftliche Forschung an der Universität Münster.

S. Gidalewitz, vom Amt für Feuerschutz im Israelischen Innenministerium ist für 3 Monate in der Bundesrepublik zur Information über vorbeugende und abwehrende Feuerschutzmaßnahmen.

Hsual-Chung Huang, Sachverständiger der Provinzialregierung von Tainan auf Formosa, informierte sich beim Deutschen Patentamt in München über Fragen der Patentgesetzgebung.

Takuji Kurata, Hilfsrichter am Obersten Japanischen Gerichtshof, hält sich zur Zeit für ein halbes Jahr in der Bundesrepublik auf, um das System des vorbeugenden Rechtsverfahrens zu studieren. Dieser Studienaufenthalt erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Bundesjustizministerium.

Ingenieur L. Pota vom Stadtplanungsamt Skopje und Dipl.-Ing. F. Wenzler vom Stadtplanungsamt Zagreb sind für 2 Monate in der BRD zwecks Unterweisung auf dem Gebiet der Stadt- und Raumplanung in verschiedenen Stadt- und Landesplanungsamtern.

Dipl.-Ing. A. Pregernik, Toningenieur in der jugoslawischen Filmindustrie, hielt sich vier Monate in der Bundesrepublik zur Information über Fragen der Organisation der Tonfilmindustrie auf.

Alle Deutschlandaufenthalte wurden mit Stipendien der Vereinten Nationen finanziert.

Neue deutsche Expertenvorschläge für die UN

Im Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft (BAW) in Frankfurt a. Main wurden an mehreren Tagen Besprechungen mit einer größeren Anzahl deutscher Sachverständiger geführt, die ihr Interesse an Aufbauprojekten im Rahmen des Erweiterten Programms für Technische Hilfe der UN bekundet hatten. Seitens des Europäischen Büros für Technische Hilfe in Paris nahmen daran der Chef dieses Büros, Gordon Menzies, und seitens des BAW Dipl. sc. pol. Funkenberg sowie Herr Wiegmann teil. Zur Erörterung standen Vorhaben aus dem Bereich der Metallurgie, der Wasserwirtschaft, der Stadtplanung, des Sparkassenwesens, der Kartographie und der Postverwaltung. Die Beratungswünsche kamen aus den Ländern Indonesien, Kolumbien, Philippinen, Surinam, Thailand, Türkei und VAR.

16. Summer School der WFUNA

Vom 11. bis zum 20. Juli führte der Weltverband der Gesellschaften für die Vereinten Nationen (WFUNA), dem mehr als 50 UN-Gesellschaften aus der ganzen Welt angehören, seine 16., alljährlich stattfindende Summer School in Genf durch. Diesmal lautete das Thema: „Economic Advancement with Social Justice — A Problem of Balance“. 60 Teilnehmer aus 26 Nationen, darunter 6 Vertreter der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, fanden sich im Palais des Nations in Genf ein, um sich mit den Problemen der Koordination des wirtschaftlichen und sozialen Wachstums in Entwicklungs- und Industrieländern vertraut zu machen. Es wurden 13 einschlägige Themen behandelt. Die Grundlage der Erörterungen war der Bericht des Generalsekretärs U Thant über das Jahrzehnt der Vereinten Nationen für Entwicklung. (Vgl. hierzu Das Jahrzehnt der Vereinten Nationen für Entwicklung S. 151 dieser Ausgabe). Die zur selben Zeit im Palais des Nations stattfindende Sommertagung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (ECOSOC), zu dessen Sitzungen die Teilnehmer der Summer School als Zuhörer ständigen Zutritt hatten und der selbst im wesentlichen die gleichen Probleme behandelte, ermöglichte den Teilnehmern der Summer School eine außergewöhnliche Vertiefung und Veranschaulichung des Wirkens der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet.

Mauer-Untaten vor die Vereinten Nationen?

Die Ermordung des 18 Jahre alten Peter Fechter an der Berliner Mauer am 17. August 1962 und andere Verletzungen der Menschenrechte haben Parteien und Verbände erneut veranlaßt, die Anrufung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen oder anderer Organe der UN vorzuschlagen. Die Bundesregierung hält ein solches Vorgehen zur Zeit für nicht zweckmäßig. Eine erneute Überprüfung der Frage habe ergeben, daß überwiegende Gründe gegen eine Anrufung der Menschenrechtskommission sprächen. Es sei also nicht damit zu rechnen, daß die Kommission von der Bundesregierung oder ihren Verbündeten amtlich mit dieser Frage befaßt werde. Die SPD blieb auch nach dieser Verlautbarung der Bundesregierung bei ihrem Vorschlag, die Vereinten Nationen in der oder jener Form einzuschalten. Die Zeitschrift VEREINTE NATIONEN wird auf den gesamten zu Grunde liegenden Fragenkomplex ausführlich zurückkommen. (Vgl. hierzu Berlin und Deutschland S. 122 dieser Ausgabe).

Ergebnisse der Weltkartenkonferenz 1962 in Bonn

Über die Ziele der Weltkartenkonferenz, die vom 3. bis 22. August 1962 in Bonn stattfand, hat VEREINTE NATIONEN in der vorigen Ausgabe berichtet. Zweck der Konferenz war es, die vor 50 Jahren aufgestellten Grundsätze zur Bearbeitung der Internationalen Weltkarte 1:1 000 000 den jetzigen kartographischen und drucktechnischen Gegebenheiten und neuzeitlichen Bedürfnissen anzupassen. Hierbei sollte das Kartenwerk der Internationalen Weltkarte der neben ihr entwickelten Internationalen Weltluftfahrtkarte angeglichen werden. Das vorläufige Ergebnis der Beratungen der Technischen Konferenz der UN über die Weltkarte ist folgendes:

1. An der Konferenz haben 42 Mitgliedstaaten und Nichtmitglieder der Vereinten Nationen sowie 3 Sonderorganisationen teilgenommen.
2. Das Schwergewicht der Beratungen lag bei den vier von der Vollversammlung der Konferenz gebildeten Kommissionen. Die Kommissionen wurden nach Sachgebieten eingeteilt, wie z. B. Abbildung und Blattschnitt, Geländedarstellung und Kartenzeichen, Randbearbeitung, Schreibweise geographischer Namen und Veröffentlichung der Kartenblätter.
3. Die Richtlinien des Jahres 1913 sind im wesentlichen beibehalten worden, ein Beweis dafür, welche weitschauende Arbeit damals geleistet worden ist. Durch Neufassung einzelner Abschnitte wurde einerseits eine größere Straffung der Richtlinien erreicht, andererseits eine gewisse Flexibilität in der Kartenausführung ermöglicht. Im Sinn einer solchen Flexibilität liegt es, daß der Blattschnitt infolge der neugewählten Projektion (Lambert konforme Kegel-Projektion) in Sonderfällen, z. B. bei Inseln, abweichend von der in den Richtlinien festgelegten Regel gewählt werden kann. Neben der reinen Höhenschichten-darstellung wurde hierbei die Darstellung durch zusätzliche Anwendung einer Geländeschummerung zugelassen. Die Kartenzeichen wurden in obligatorische und fakultative eingeteilt. Weiterhin wurden die Grundsätze über die Darstellung des Geländes, die bisher in verschiedenen Abschnitten der Richtlinien verstreut waren, in einem Abschnitt zusammengefaßt.
4. Die Gesichtspunkte der Schreibweise geographischer Namen wurden auf Grund moderner internationaler Erkenntnisse zu allgemeinen Grundregeln verdichtet.
5. Das auf früheren regionalen kartographisch-technischen Konferenzen der UN angesprochene Ziel einer möglichst weitgehenden Angleichung der Internationalen Weltkarte 1:1 000 000 an die Internationale Weltluftfahrtkarte gleichen Maßstabs wurde nicht in dem erwarteten Umfang erreicht; jedoch lassen die neuen Richtlinien der Internationalen Weltkarte die Möglichkeit einer beachtlichen Annäherung an die Weltluftfahrtkarte bei einzelnen Kartenzeichen zu.
6. Die überarbeiteten Kartenrichtlinien wurden in einer Neufassung zusammengestellt, die als vorläufige Ausgabe dank der unermüdeten Mitarbeit der Angehörigen der beteiligten Bundesinstitute (Institut für Angewandte Geodäsie, Institut für Landeskunde) schon in der Schlußsitzung der Konferenz am 22. August 1962 im Druck vorgelegt werden konnte.
7. Der Präsident der Konferenz, Professor Dr. Erwin Gigas, Direktor des Instituts für Angewandte Geodäsie, konnte in seinem Schlußwort die erfreuliche Feststellung treffen, daß die Bereitschaft aller beteiligten Nationen, zur Erreichung eines gemeinsamen internationalen Zieles zusammenzuarbeiten und hierbei eigene Vorstellungen und Wünsche zurückzustellen, vorbildlich war.

Bundesrepublik wieder im Rat der ICAO

Die Vollversammlung der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation der Vereinten Nationen (ICAO) wählte auf ihrer Tagung in Rom die Bundesrepublik erneut auf drei Jahre in den aus 27 Mitgliedern bestehenden Rat der Organisation. Der ICAO gehören gegenwärtig 98 Staaten an.

Deutsche Mitarbeit am „Entwicklungs-Beratungsdienst“ der Weltbank

Die Beziehungen zwischen der Weltbank und der Bundesrepublik Deutschland sind eng. Das trifft in erster Linie verständlicherweise für die Kapitalseite zu, denn die BRD ist nach den USA nicht nur der größte Gläubiger der Weltbank, sie ist auch maßgeblich an den Tochterinstituten beteiligt. Aber auch in personeller Hinsicht bestehen gute Verbindungen. So befinden sich sowohl im Stab der Weltbank in maßgebenden Positionen deutsche Fachleute wie auch in den Prüfungsmissionen für Entwicklungsprojekte, die sich aus Experten der verschiedenen Bereiche zusammensetzen. Die beratende Tätigkeit dieser Prüfungsmissionen der Weltbank hat im Laufe der letzten Jahre eine interessante Begleiterscheinung zu verzeichnen gehabt. In zunehmendem Maße wurde nämlich in Entwicklungsländern festgestellt, daß die Weltbankgutachten in ihrer Klarheit, ihrer Wirklichkeitsnähe und in ihren Schlußfolgerungen von einer Realität waren, die es mehr und mehr Regierungen geboten erscheinen ließen, die Dienste von Weltbank-Experten zu erbitten. Da die Weltbank die Mitglieder ihrer Prüfungsmissionen jedoch für ihre eigenen Vorhaben voll benötigt, hat sie sich zur Errichtung eines sogenannten „Entwicklungs-Beratungsdienstes“ entschlossen. Die Zusammensetzung dieses Dienstes stellt sich die Weltbank als ein Gremium von Spitzenexperten vornehmlich des Wirtschafts- und Finanzbereichs und von Planungsexperten vor. Sachverständige dieser Art aber und vor allem dieser Qualifikation sind nahezu überall in der Welt rar. Zwei Vertreter der Weltbank, Direktor Demuth und Dr. Busse, sind daher während ihres mehrwöchigen Europaufenthaltes auch in der Bundesrepublik gewesen, um hier mit den zuständigen Bundesministerien, mit Repräsentanten des Bankwesens, mit Institutsleitern und sonstigen Persönlichkeiten über personelle Wünsche für den Beratungsdienst zu konferieren. Dabei zeichnete sich die Tatsache ab, daß dieses Vorhaben der Weltbank allgemein als dringlich betrachtet wurde. Man war übereinstimmend der Meinung, daß zu diesem aus etwa 15 bis 20 hervorragenden Sachkennern aus verschiedenen Ländern bestehenden Team auch einige Deutsche bester Qualifikation gehören sollten. Die Gespräche verliefen anfänglich wenig erfolgversprechend. Es dürfte nunmehr jedoch anzunehmen sein, daß auch die Bundesrepublik in dem neuen „Entwicklungs-Beratungsdienst“ der Weltbank künftig gut vertreten sein wird. Diese Repräsentanz in Washington wäre jedenfalls im Interesse einer auch für die deutsche Wirtschaft wertvollen Vertiefung der Verbindungen zur Weltbank zu begrüßen.

Bonner Denkschrift an U Thant

Im Auftrag der Bundesregierung übergab in Vertretung des abwesenden deutschen Botschafters bei den Vereinten Nationen der Geschäftsträger Dr. Harald Heimsoeth dem amtierenden Generalsekretär U Thant am 24. August 1962 vor dessen Abreise nach Moskau ein Aide-Mémoire zur Deutschland- und Berlin-Frage. Es handelt sich hierbei um den Teil einer Aktion des Auswärtigen Amtes, in deren Rahmen die deutschen Missionschefs sämtlichen Regierungen des Auslandes eine Dokumentation über die aktuelle Lage in der Deutschland- und Berlin-Frage überreicht haben. Die Erläuterungen zu dieser Dokumentation sind individuell abgefaßt und entsprechen den Beziehungen zu den einzelnen Regierungen. (Vgl. hierzu Berlin und Deutschland S. 122 dieser Ausgabe).

Bundesregierung für die Einheit des Kongo

Die Bundesregierung hat am 27. August folgende Erklärung zur Katangafrage abgegeben:

„Die Bundesregierung hat den UN-Plan für eine Reintegration der Provinz Katanga in die Kongo-Republik mit Interesse und Sympathie zur Kenntnis genommen. Sie sieht darin einen konstruktiven Lösungsvorschlag, um die andauernde und den Weltfrieden bedrohende Krise im Kongo auf dem Verhandlungswege beizulegen. Der UN-Plan entspricht der von der Bundesregierung vertretenen Auffassung, daß die Einheit des Kongo im Interesse seiner Lebensfähigkeit auf dem friedlichen Wege wiederhergestellt werden sollte.“ (Vgl. hierzu Die Entwicklungen im Kongo S. 123 dieser Ausgabe).

Professor Baade stellt im Auftrag der UN Entwicklungsplan für Spanien auf

Prof. Dr. Baade wurde von den Vereinten Nationen beauftragt, eine kritische Analyse der langfristigen Entwicklungspläne Spaniens durchzuführen. Er wird die spanischen Investitionspläne unter dem Gesichtspunkt analysieren, auf welche Weise der beste Beitrag zur weiteren Verbesserung der spanischen Zahlungsbilanz geleistet werden kann, insbesondere durch weitere Steigerung der Einnahmen aus dem Export von Südfrüchten, Frühgemüse und Frühhobst sowie durch weitere Entwicklung des Tourismus. Eingehende Studien über die Steigerungsmöglichkeit der landwirtschaftlichen Produktion in Spanien sind auf einer zweimonatigen Reise durch alle Gebiete Spaniens durchgeführt worden. Weitere Untersuchungen schließen sich an. Im September wird das bisherige Ergebnis mit den zuständigen Stellen der spanischen Regierung erörtert.

Weltkindertag am 15. September 1962 — wieder Grußkartenverkauf

Das Weltkinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) stellt seinen diesjährigen Weltkindertag unter das Thema: Jedem Kind Bildung und Ausbildung nach seinen Anlagen und Fähigkeiten. Grundlage für die Wahl des Themas bildet wie alljährlich die „Erklärung der Rechte des Kindes“, die 1959 von den Vereinten Nationen verkündet wurde. Der Weltkindertag soll die Blicke der Kinder und Erwachsenen hinlenken auf die Not der Kinder in aller Welt, zugleich aber auch auf die eigenen und besonderen Anliegen jedes einzelnen Landes. Er will der Öffentlichkeit, insbesondere den Eltern, ihre große Verantwortung gegenüber den ihnen anvertrauten Kindern bewußt machen. — Das Deutsche UNICEF-Komitee und seine Arbeitsgruppen verkaufen auch in diesem Jahr UNICEF-Grußkarten, deren Erlös den notleidenden Kindern in den Entwicklungsländern zugute kommt.

Fünftes Seminar über internationale Gesundheitsfragen

Die Gesundheitskommission der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen führt, diesmal in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis für internationale Gesundheits- und WHO-Arbeit des Landesverbandes Berlin, vom 24. bis 28. September 1962 in Berlin ihr fünftes Seminar über internationale Gesundheitsfragen durch. Das Rahmenthema heißt „Internationale Gesundheitsfragen und WHO-Arbeit in Europa unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsgebiete“. Außer deutschen Ärzten und Schwestern werden 15 Mediziner aus anderen europäischen Ländern teilnehmen. Professoren und höhere Medizinalbeamte des In- und Auslandes halten die Referate. Die Gesamtleitung des Seminars hat Frau Senatsdirektorin Dr. von Renthe-Fink, Berlin.

Deutscher übernimmt führende Stellung in der FAO

Prof. Dr. Otto Fischnich, Direktor des Instituts für Pflanzenbau und Saatguterzeugung der Forschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig-Völkenrode und vom 1. April 1960 bis zum 31. März 1962 Präsident dieser Anstalt, ist vom Generaldirektor der FAO zum Assistant Director-General und Leiter des Technical Departments der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) ernannt worden. Prof. Fischnich wird seine neue Stellung als Nachfolger des Amerikaners Dr. F. W. Parker zum 1. Oktober 1962 antreten. — Damit übernimmt zum ersten Mal ein Deutscher eine führende Position in einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Im ganzen besitzt die FAO fünf Hauptabteilungen (Departments), an deren Spitze je ein Assistant Director-General steht. Es sind dies das Technical Department, das Economics Department, das Department of Public Relations and Legal Affairs, das Department of Administration and Finances und der Program and Budgetary Service. Zum Technical Department gehören die Abteilungen Pflanzenbau und Pflanzenschutz, Tierische Erzeugung und Veterinärwesen, Bodennutzung und Wasserwirtschaft, Ernährungswesen, Ländliches Sozialwesen, Forst- und Holzwirtschaft sowie Fischwirtschaft, außerdem die Sonderabteilung Nutzung der Atomkraft für landwirtschaftliche Zwecke.